



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24821 - 83
Fernschreiber 0286690

P/ZIV/44 - 23. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Am Beispiel Belgien Vor den Trümmern einer falschen Wirtschaftspolitik	47
2 - 3	Einwanderung bedroht Israel Die Sowjetunion und der israelisch-arabische Konflikt	65
4 - 5	Nach der Kur in Bad Salzungen Zum Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP	71
6 - 7	Arbeit und Aufgaben der Ökumene Bereitschaft zur fruchtbaren Begegnung Eine Tagung in der Heim-Volkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt	74

* * *
* * *

- 1 -
Am Beispiel Belgien

G.M. - Der Aufstand der belgischen Bergarbeiter gegen die beabsichtigte Stilllegung einiger Gruben gibt Veranlassung, nicht nur das aktuell-wirtschaftliche Vokabularium der letzten Jahre, sondern auch die grundsätzliche Einstellung zu dem Begriff "Mensch und Wirtschaft" zu überdenken. Da hat man uns seit 1950 erzählt, die sogenannte freie Wirtschaft sei in der Lage, auch mögliche Krisenerscheinungen so "abzufangen" zu können, daß der Mensch auf keinen Fall Nachteile erleiden werde. Die Sache ließ sich ganz gut an, so lange die aufsteigende Konjunkturlinie das Gesetz der Wirtschaft in Westeuropa bestimmte. Kleine Krankheitserscheinungen, die sichtbar wurden, tat man mit der Bemerkung ab, die Periode der Expansion sei noch lange nicht abgeschlossen und wenn sie ihrem Ende zuneige, werde man Mittel und Wege finden, um das Schlimmste zu verhüten.

Diese Periode war begleitet von einer bewußten Verflachung des Denkens über wirtschaftliche Zusammenhänge. Wer das Wort und den Begriff "Planung" in Erinnerung brachte, galt vielerorts als "demokratisch unzuverlässig".

Hinter diesem Nebelschleier einer angeblichen freien Wirtschaft wurde ohne Rücksicht auf sich anbahnende Strukturveränderungen in der Energieversorgungs-Industrie der Kampf aller gegen alle mit dem Ziele organisiert, höchstmögliche Gewinne herauszuwirtschaften. Kapitalinvestitionen in neuen Wirtschaftszweigen wurden eingeleitet, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß besonders die Energieversorgung nur als ein Gesamtkomplex gesehen werden konnte, wollte man nicht Schaden erleiden.

Die Vorgänge in Belgien sind ein Symptom. Sie zeigen, - wie schon so oft in Perioden stürmischer wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung - daß der Mensch zum Opfer des technischen Fortschrittes werden kann, wenn der Gesamtkomplex bestimmter Entwicklungen nicht koordiniert wird. Zölle, vorübergehende Einfuhrbeschränkungen, ja sogar Stilllegung von unproduktiven Produktionszweigen - das alles kann nicht über den Tatbestand hinwegtäuschen, daß gerade die Energieerzeugung und -versorgung nur als gemeinsame Aufgabe einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Staatsordnung weiterentwickelt werden kann. Begreift man diese Grundwahrheit nicht, und gibt sich, wie in der jüngsten Vergangenheit, auch hier den sogenannten freien Spiel der Kräfte hin, dann muß als Preis für dieses Versagen die Freiheit des einzelnen Menschen gezahlt werden. Was ist der Verlust des Arbeitsplatzes für einen arbeitenden Menschen anderes als der Verlust der Freiheit und der Menschenwürde?!

Elementar drängen sich in diesen Tagen wieder einmal Grundwahrheiten über das Zusammenleben der Menschen in unsere Gedanken. Eine falsch verstandene wirtschaftliche Freiheit wird zur Knechtschaft, wenn nicht die freiwillige Einordnung in ein Ganzes das Gesetz unseres Handelns bestimmt. Abgesehen von allen Fehlleistungen und Fehlentscheidungen der sich freiheitlich nennenden Wirtschaft sind die dramatischen Ereignisse, sind die immer noch anwachsenden Kohlenhalden bei uns das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die dieses Grundgesetz der Freiheit nicht erkannte.

Einwanderung bedroht Israel

I.D. - Eine seit Jahren ersehnte Einwanderungsmöglichkeit für die Juden aus den Ostblockstaaten ist jetzt zur Bedrohung des kleinen Staates Israel geworden. Bisher hatten die Ostblockstaaten sich den Appellen der Juden der Welt zur Erteilung von Auswanderungsgenehmigungen für ihre jüdischen Bürger taub gestellt. Jetzt haben sich plötzlich die Tore Polens und vor allem Rumaniens geöffnet, das mit 250 000 Juden neben der Sowjetunion die meisten Juden der Ostblockstaaten beherbergt. 10 000 Juden werden nun monatlich mittellos auf die Reise nach Israel geschickt. Diese Einwanderung stellt das kleine Land vor schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Zwar sollen, Schätzungen zufolge, einmal fünf Millionen Menschen in Israel leben und arbeiten können. Aber diese Zahl wurde immer im Zusammenhang mit der vollen Ausnutzung und Urbarmachung der großen Wüste Negew, die 60 Prozent des Landes ausmacht, genannt. Der übrige besiedelte Teil des Landes bietet nur noch geringe Aufnahmemöglichkeiten. Allein die drei großen Städte - Haifa, Jerusalem und Tel-Aviv - beherbergen zusammen beinahe die Hälfte aller Einwohner Israels. Allerdings ist die Urbarmachung der Wüste seit einigen Jahren in vollem Gange. Es entstehen neue Siedlungen, neue Werke und Städte, aber diese Entwicklung ist noch längst nicht fortgeschritten genug, um Tausenden von neuen Einwanderern Arbeit und Wohnung zu bieten.

Israels wirtschaftliche Lage ist schon immer prekär gewesen. Einen erheblichen Teil seiner Geldmittel muß es in Kriegsmaterial anlegen. Sein Handel ist infolge des arabischen Boykotts vorwiegend auf den übersättigten europäischen Markt beschränkt. Die Absorbierung der neuen, vielfach unausgebildeten Einwanderer verschlingt große Summen. Seit Jahren müssen die israelitischen Bürger zugunsten der Verteidigung, der Neueinwanderer und des Aufbaus ihre Gürtel enger schnallen. Siker haben ausländische Anleihen und die Wiedergutmachungsleistungen aus der Bundesrepublik Deutschland die Lage einigermaßen stabil gehalten. Trotzdem machte sich in den letzten Jahren eine steigende Arbeitslosigkeit bemerkbar, und das Tempo des Aufbaus ließ stetig nach. Es bleibt dabei zu bedenken, daß die deutschen Reparationen im Jahre 1961 auslaufen und mit der Rückzahlung der Anleihen im gleichen Jahr begonnen werden muß.

Die arabischen Staaten fühlen sich durch die vermehrte Einwanderung von Juden nach Israel ernstlich bedroht. Die Araber legen ihren Befürchtungen einen für ihre Begriffe natürlichen Drang nach zusätzlichem Lebensraum der Juden zugrunde. Ihre militärische Niederlage im israelisch-arabischen Krieg von 1948/49 ist ihnen überdies noch deutlich in Erinnerung, und mit jedem neuen Israeli wächst auch ihr militärischer Minderwertigkeitskomplex. Es ist bekannt, daß Präsident Nassor in allen seinen Besprechungen mit den Kreml-Gewaltigen auf die seiner Ansicht nach für die Vereinigte Arabische Republik bestehenden Gefahren im Falle einer verstärkten Einwanderung nach Israel hingewiesen hat. Die Araber betonen diese Befürchtung jetzt erneut angesichts der Einwanderungswelle aus Rumänien und haben angekündigt, daß sie auf dem Treffen der Außenminister der Arabischen Liga am 2. März diese Probleme der jüdischen Einwanderung, welche "die schwerste Bedrohung der Araber seit der Gründung des Staates Israel darstellt" diskutieren werden.

Vieles spricht dafür, daß Moskau Polen und Rumänien ermunterte, die Auswanderung ihrer jüdischen Bürger zuzulassen. Die Sowjetunion schlägt mit dieser Taktik mehrere Fliegen mit einer Klappe. Sie erreicht dadurch, daß sich der israelisch-arabische Konflikt vertieft und es nicht zu einer Einigung der beiden Kontrahenten kommen kann. Damit erhält Moskau die Spannungen im Nahen Osten, um sie für seine politischen Zwecke zu nutzen. Gleichzeitig aber verlangt Moskau für seine den Arabern bisher gewährte Hilfe Dankesbezeugungen, die darin bestehen sollen, daß sich Ägypten an die Sowjetunion bindet und nicht dem Westen Einlaß in seine Wirtschaft oder Politik gewährt, wie das letztlich anläßlich der Projekte des Assuan-Dammes und anderer Großanlagen geschah. Die Einleitung der Masseneinwanderung von Juden aus den Ostblockstaaten nach Israel dürfte allen Anschein nach als eine Erpressung der arabischen Welt zu werten sein, die mit der Drohung verbunden ist, daß in der Sowjetunion noch weitere drei Millionen Juden auf Auswanderung nach Israel warten.

Nach der Kur in Bad Salzuflen

W.H. - In betont ruhiger Atmosphäre gingen die nahezu 200 Delegierten des FDP-Landesparteitages Nordrhein-Westfalens auseinander. Die Kur in Bad Salzuflen, dem lippischen Staatsbad, ist offensichtlich gut verlaufen. Willi Weyer blieb Landesvorsitzender mit 127 Stimmen. Gegenkandidat Hermann Schwann fiel stark ab. Auch der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Doering setzte sich durch. Er wurde für den verzichtenden Bundestagsfraktionschef Dr. Mende zum Stellvertreter gewählt. 111 Stimmen fielen auf ihn. Auch sein Gegenkandidat, Dr. Achenbach, mußte seine Segel streichen. Dabei murkelten die Delegierten in den Gängen, die gleiche Stimmzahl wäre auch dann auf Doering gefallen, wenn er für den Stuhl des Ersten Vorsitzenden kandidiert hätte. Diese Wahl sei aber unmöglich geworden, da Doering sich nicht gegen seinen Freund Weyer aufstellen ließ. "Vielleicht das nächste Mal", hieß es, weil man vermutet, daß der ehemalige Minister Weyer aus beruflichen Gründen alsbald nicht mehr die Zeit haben würde für seine jetzige Funktion.

Bundesvorsitzender Dr. Reinhold Mayer hatte übrigens Überraschenderweise die Vorstandswahl nicht abgewartet. Er zog sich nach seinem Referat zurück. Wollte er den Triumph der "Düsseldorfer Jungtürken" aus einer größeren Entfernung und Distanz beobachten? Wie es scheint, wird Dr. Mayer beim nächsten Bundesparteitag aus Altersgründen zurücktreten und den Vorsitzenden seiner Bundestagsfraktion, Dr. Mende, zum Nachfolger vorschlagen.

Angesichts der bösen Verluste bei den letzten Landtagswahlen hat sich die FDP zu einer Demonstration der Einheit aufgeschwungen. Selbst der widerspenstige Landesvorsitzende Baden-Württembergs, Minister Dr. Hausmann, erschien in Bad Salzuflen und entbot den Delegierten "kameradschaftliche Grüße", die von einigen Delegierten mit hämischen Bemerkungen quittiert wurden. Hausmann beteuerte, es gäbe in den Grundfragen keine Meinungsverschiedenheiten. Viele glaubten ihm nicht, denn zu stark hat er sich wiederholt gegen seine Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen exponiert.

Der landeseigene Widersacher namens Middelhaufe war gar nicht erschienen. Er blieb dem Parteitag fern, und im Kursaal zu Bad Salzuflen fiel das Wort: "Gottseidank".

Es gehört nicht zu den positivsten Seiten dieses Landesparteitages der FDP, daß die Delegierten nicht über die Landespolitik sprachen. Welche Aufgaben, welche Ziele? Man muß es erraten. Vorsitzender Weyer erinnerte allerdings mit Genugtuung an die Koalition mit dem Ministerpräsidenten a.D. Fritz Steinhoff und erklärte, daß man gut zusammengearbeitet habe. Er belehrte seine Gegner mit der Feststellung, daß ja Koalition nicht Union, auch nicht Verschmelzung bedeute, sondern Arbeit auf Zeit. Im Übrigen verwies er auf die Leistungen seiner Fraktion, die sich auch im neugewählten Landtag bewähre. Der heutigen Landesregierung in Düsseldorf, so sagte Weyer, müsse man nachsagen, daß sie das Partei- und Konfessionsbeamtentum bewußt züchte und daß ihre Politik "wenig vom Geist der Toleranz beleckt" sei.

Im Hintergrund dieses Parteitages standen der Kanzler und der Bundespräsident. Alle Redner betonten, die FDP dürfe nicht daran, zu kuscheln, und Dr. Gerstenmaier wurde mitgeteilt, daß man sich von "Schalmeien-Klängen" nicht irritieren lassen werde; man solle fest auf dem eingeschlagenen Weg bleiben.

Stürmisch gefeiert wurde in Bad Salzuflen als einziger Wolfgang Doering. Seine Anhängerschaft sieht in ihm den Motor und leidenschaftlichen Kämpfer. Von ihm erwartet die Mehrheit weiterhin Schwung und kaltblütige Offenheit. Nach seinem Referat, das dazu aufrief, die Bundesrepublik vor "kommunistischen und abendländischen Karodeuren" zu bewahren, quittierte er Ovationen. Es ist offensichtlich, daß man damit auch seine hinter verschlossenen Türen zu Pietzenberg im Sauerland gehaltenen Rede demonstrativ befürwortete. In dieser Klausur-Tagung hatte der 39jährige Leipziger gesagt, "bürgerlich" sei nicht mehr eine genaue Typisierung für die FDP. Dr. Hausmann und andere hatten darauf hin alles versucht, ihn "abzuschießen". Über die Wahl des Bundespräsidenten wurde bewußt nicht gesprochen. Inoffiziell verlautete jedoch, daß die FDP ⁱⁿ ihrer Mehrheit Professor Carlo Schmid in der Bundesversammlung das Vertrauen geben werde, wenn die CDU dabei bleibt, Männer wie Krone zu nominieren. Eine Kandidatur Dr. Majers wird für unmöglich gehalten.

Arbeit und Aufgaben der Oekumene

N.W. Vom 20. - 22. Februar fand in der Heimvolkshochschule Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt eine Begegnung statt mit dem Thema "Arbeit und Aufgaben der Oekumene"; vier hervorragende Sachkenner nahmen dazu Stellung: Dr. Visser't Hooft, Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen, Genf; Pfarrer Potter aus Jamaika, z. Zt. ebenfalls beim Oekumenischen Rat in Genf tätig; Professor Iwand, Bonn, und Dr. Stratenwerth, Vizepräsident des kirchlichen Aussenamtes der Evangelischen Kirchen Deutschlands.

Als eines der wichtigsten Grundprinzipien oekumenischer Arbeit nannte Dr. Visser't Hooft den freiwilligen Zusammenschluss der Kirchen, der allein die Grundlage wirklicher Einheit bilden könne, und der nur möglich sei, wenn es gelingt, zu echten Gesprächen zu kommen, bei denen jeder sich bemüht, den Partner in seiner Eigenart zu respektieren und das Verbindende zu suchen. "Wir müssen aus dem Egozentrismus heraus", sagte er, nur so sei eine innere Stärkung auch der einzelnen Kirchen möglich.

Die Initiative des Papstes hinsichtlich eines oekumenischen Konzils wurde von Dr. Visser't Hooft grundsätzlich begrüßt, eine Diskussion darüber hielt er jedoch für vorfrüht, so lange nicht genauere Einzelheiten über die Vorstellungen und Vorschläge von katholischer Seite bekannt seien.

"Die Welt ist gottlos geworden, weil die Religion weltlich geworden ist", sagte in einem Diskussionsbeitrag Frau Dr. Schlüter-Hermkes vom Exekutivrat der UNESCO. Dass die Verpflichtung, aus christlicher Verantwortung zu entscheidenden politischen Fragen Stellung zu nehmen, vom Oekumenischen Rat erkannt wird, zeigte die Darstellung von Dr. Stratenwerth über die Tätigkeit der "Kirchlichen Kommission für internationale Angelegenheiten" (CCIA). Diese Verantwortung könne ebensowenig in einer politischen Abstinenz liegen, die sich auf Gebete für die Politiker beschränkt, wie darin, die geistige Macht, die die Kirchen verkörpern, in der Dienst einer politischen Partei zu stellen. Vielmehr sehe CCIA seine Aufgabe darin, den Politikern sachkundige und gut begründete christliche Stellungnahmen zu wichtigen aktuellen Fragen vorzutragen, wobei weder nationale noch parteipolitische Grenzen ausschlaggebend sind, sondern lediglich die Sorge um die Achtung der Menschenrechte und den Frieden. Diese in der Öffentlichkeit wenig bekannte

Wirksamkeit hat offenbar schon wiederholt einen Einfluss auf politische Entscheidungen gehabt.

Auch die Haltung gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern gibt Gelegenheit, christliche Verantwortung in öffentlichen Fragen zu beweisen. In seinen ausserordentlich informativen Ausführungen zu diesem Thema zeigte Pfarrer Potter, dass religiöse Haltung zugleich viel Realismus und soziales Verantwortungsgefühl erfordert, wenn er angesichts der Diskrepanz zwischen europäischem und asiatischem oder afrikanischem Lebensstandard fragte, was die christliche Pflicht der Hilfe am Nächsten von uns fordert. In der Vergangenheit habe man den Fehler gemacht zu glauben, diesen Ländern mit dem Christentum auch europäische Lebensformen bringen zu müssen; es wäre aber wichtig, die besonderen Eigenheiten und Bedürfnisse dieser Völker verstehen und achten zu lernen und sie als Partner zu behandeln.

Mit ganz anderen Problemen haben es die Kirchen in Osteuropa und in der Sowjetunion zu tun, wie Professor Iward in seinem Vortrag deutlich machte. Wohl hat das grundsätzlich atheistische, bolschewistische System nach dem Krieg seine Gottlosen-Politik aufgegeben und der Orthodoxen Kirche die Möglichkeit zu grösserer Entfaltung gegeben, diese hat sich jedoch streng auf religiöse Betreuung zu beschränken und nicht in öffentliche Fragen einzugreifen. Der Kirche seien unter dem Druck der Verhältnisse starke innere Kräfte zugewachsen, sie habe durchaus eine Resonanz bei der Bevölkerung, und das religiöse Leben der Gemeinden sei wesentlich lebendiger, als es im Westen die Regel ist. Schon aus diesem Grunde könne eine Begegnung mit den Kirchen des Ostens, die auch von der Ökumene ausdrücklich gewünscht und gesucht wird, fruchtbar für die Kirchen sein - darüber hinaus aber könnte sie einen Beitrag leisten zur Überbrückung der Kluft zwischen West und Ost im Interesse des Friedens. Eine solche Begegnung auf geistiger Ebene freilich setze die Bereitschaft zur Bewältigung der Vergangenheit bei uns voraus. Mögen solche Gespräche auch nicht unmittelbar politisch wirksam werden, so könnten sie doch den Boden bereiten helfen, auf dem die Grundlagen für eine friedliche Koexistenz gefunden werden können.

So schliesst sich der Kreis und kehrt zum Ausgangspunkt, den Ausführungen von Dr. Visser't Hooft, zurück: Die Notwendigkeit wirklicher Gespräche - auch zwischen Vertretern der Kirchen und anderer Gruppen, deren Anliegen zum Teil die gleichen sind, - die Bereitschaft zur fruchtbaren Begegnung, wie diese Zusammenkunft in Barmenstadt in der Tat eine war. + + + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel